

FBA
Zit. m. d. B.
m. v. Nyanlang
D 21/9



Seebrücke Lokalgruppe Lüdinghausen

59348 Lüdinghausen

An den
Bürgermeister der Stadt Lüdinghausen
Herrn Richard Borgmann
Borg 2
59348 Lüdinghausen

Lüdinghausen, 18.09.2020

nachrichtlich: an die im Rat der Stadt Lüdinghausen vertretenen Fraktionen

Anregungen und Beschwerden (Bürgerantrag)
gemäß § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW)

Thema des Antrages: Lüdinghausen erklärt sich zum "Sicheren Hafen"

Antragstellerin für "Seebrücke Lüdinghausen": Anke Brandmeier

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren

hiermit beantrage ich im Namen der Initiative "Seebrücke Lüdinghausen", dass Lüdinghausen sich im Rahmen der Seebrücke-Initiative zum "Sicheren Hafen" erklärt. Ich bitte auch die angeschriebenen Fraktionen um freundliche Unterstützung unserer Anregung.

Begründung:

Vor einer Woche ist das Lager Moria auf der Insel Lesbos abgebrannt. Seitdem leben die Menschen vor Ort auf der Straße, haben noch schlechteren Zugang zu Wasser, Lebensmitteln und medizinischer Versorgung als zuvor. Unvorstellbar, denn auch schon vorher war das für etwa 2800 Personen ausgelegte Lager von etwa 12.600 Personen "bewohnt". Oft heißt es jetzt, die Menschen seien nach dem Brand obdachlos – mit Verlaub, das waren sie auch schon vor dem Brand, es sei denn, man definiert ein Stück Plastikplane oder ein Campingzelt als "Obdach".

Viele Geflüchtete geraten beim Versuch, über das Mittelmeer die Küsten der EU zu erreichen, in Seenot. Die humanitäre Situation in den Camps auf dem Gebiet der Europäischen Union – z. B. auf den griechischen Inseln – ist prekär und als unvereinbar mit der Charta der Grundrechte der EU anzusehen. Die unteilbare, universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit und der Gleichheit erfordern eine Solidarität mit den Menschen, die in diesen Einrichtungen untergebracht sind.

Wir – die Initiative Seebrücke – sind seit letzter Woche in vielen Städten auf die Straße gegangen und haben für die Evakuierung der Lager an den europäischen Außengrenzen demonstriert. Wir können und wollen diese Zustände nicht hinnehmen.

Auch in Lüdinghausen hat die "Seebrücke Lokalgruppe Lüdinghausen" eine Veranstaltung im Sinne einer Mahnwache abgehalten und seitens der Bürgerschaft enormen Zuspruch erfahren.

Viele Städte und Kommunen haben erneut ihre Aufnahmebereitschaft signalisiert.

Über 170 Sichere Häfen stehen inzwischen bereit!

Wir – die Seebrücke Lokalgruppe Lüdinghausen meinen: #WIR HABEN PLATZ!

Niemand flieht freiwillig: Kriege, Verfolgung, Gewalt, Armut und die Klimakrise führen dazu, dass Menschen ihr Zuhause verlassen müssen. Auf der Suche nach einem Sicheren Hafen begeben sie sich auf lebensgefährliche Fluchtrouten – denn in die EU gibt es kaum sichere Wege. Doch anstatt die Menschen auf der Flucht zu schützen, schottet die EU sich noch stärker ab. Sie investiert immer mehr in den sogenannten "Grenzschutz" und sieht dem Sterben der Flüchtenden weiter tatenlos zu – nicht nur auf dem Mittelmeer.

Unsere Antwort:

Die Seebrücke-Bewegung entgegnet dieser unmenschlichen Politik mit einem klaren Plan:

Wir schaffen selbst sichere Häfen für Menschen auf der Flucht!

Während Nationalstaaten in ganz Europa weiter auf Abschottung setzen, wollen unzählige Städte und Kommunen mehr geflüchtete Menschen aufnehmen, als ihnen zugewiesen werden. Sie zeigen: Bei uns ist noch Platz! Doch bis heute dürfen Sie das nicht selbstbestimmt in die Tat umsetzen. Denn über die Aufnahme geflüchteter Menschen entscheiden letztlich immer die Nationalstaaten. Deshalb sind die Sicheren Häfen blockiert

und können geflüchteten Menschen kaum helfen.

Die Seebrücke will deshalb die Selbstbestimmung der Kommunen bei der Aufnahme zusätzlicher geflüchteter Menschen.

Eine solidarische Migrationspolitik muss von den Kommunen ausgehen: Erst die enge Abstimmung mit der Zivilgesellschaft vor Ort sorgt für die demokratische Legitimation einer solidarischen und offenen Politik. So können wir erreichen, dass die Aufnahme von Menschen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und angenommen wird.

Der Rat der Stadt Lüdinghausen möge daher wie folgt beschließen:

1. Der Rat beschließt, dass die Stadt Lüdinghausen als Mitglied des Städtebündnisses „Sichere Häfen“ bereit ist, 10 geflüchtete Menschen aus humanitären Gründen zusätzlich – ohne Anrechnung auf die Aufnahmequote – aufzunehmen, davon 3 unbegleitete Minderjährige.
2. Der Rat bekräftigt, dass die Stadt Lüdinghausen für diesen Personenkreis alle Anstrengungen unternehmen wird, damit eine gleichberechtigte Teilhabe und eine Integration in die Stadtgesellschaft gelingt. Dies gilt insbesondere für die Versorgung mit Wohnraum und die Sprachförderung, aber auch für die Integration in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt.
3. Der Rat der Stadt Lüdinghausen fordert den Bund auf, ein Verfahren zur Übernahme dieser Geflüchteten nach Deutschland zu schaffen und die geordnete Zuweisung nach Lüdinghausen ohne Anrechnung auf eine gesetzliche Aufnahmequote sicherzustellen. Des Weiteren fordert der Rat der Stadt Lüdinghausen das Land Nordrhein-Westfalen auf, die Aufnahme auch in seiner Funktion als Kostenträger zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

für Seebrücke Lokalgruppe Lüdinghausen



An den Bürgermeister der Stadt Lüdinghausen
Ansgar Mertens
Borg 2
59348 Lüdinghausen



**Anregung und Beschwerden (Bürgerantrag) gemäß
§24 Gemeindeordnung Nordrhein- Westfalen**

1.11.2020

Lüdinghausen MUSS „ Sicherer Hafen“ werden

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mertens,
Sehr geehrte Damen und Herren Fraktionsabgeordnete,

Ich denke mein Anliegen bedarf es kaum einer Begründung. Die inhumanen Bedingungen, in denen MENSCHEN auf der Flucht vegetieren, ist uns allen durch die Medien bekannt.

Ich als ehrenamtliche Mitarbeiterin im Arbeitskreis Asyl kann auch gerne von Tränen-erzeugenden Flucht- Berichten der bei uns lebenden Menschen mit Migrationshintergründen erzählen. Doch ich denke das sprengt hier den Rahmen.

Als ehrenamtliche Mitarbeiterin und als Bürgerin von Lüdinghausen- Seppenrade muss ich die seit 2015 gut gelungene Integration als Hauptgrund meines Bürgerbegehrens, noch mehr Menschen eine sichere Heimat zu bieten, anführen.

Wir sind in Lüdinghausen personell bestens aufgestellt um unsere Arbeit weiter so Vorbildlich zu leisten:

Wir haben ein gut angesehenes **Migrationsbüro**. Die **Familienbildungsstätte** und die **Familienzentren** arbeiten eng mit dem **Kommunalen Integrationsbüro Coesfeld** zusammen. Auch gibt es viele **Ehrenamtliche**, die sich in Lüdinghausen und auch in Seppenrade, individuell um die Familien mit Fluchterfahrungen kümmern. Die **VHS** hat extra Mitarbeiter, die sich um die Integration der Flüchtlinge kümmert und auch die **GEBA** hat Hauptamtliche die darauf spezialisiert sind. Der **Arbeitsstelle Gerechtigkeit und Frieden** ist jederzeit mit Flüchtlingen in Kontakt.

Auch Dank der Wohnungssuche der Ehrenamtlichen sind die **Notunterkünfte sind nicht mehr überfüllt**.

Ich wünsche mir, dass Sie Herr Bürgermeister sowie die Abgeordneten Fraktionen mich unterstützen, denn:

WIR HABEN POTENTIAL UND PLATZ

Ich möchte, dass der Rat folgendes beschließt:

1. Der Rat beschließt, dass die Stadt Lüdinghausen als Mitglied des Städtebündnisses „Sichere Häfen“ bereit ist, 10 geflüchtete Menschen aus humanitären Gründen zusätzlich – ohne Anrechnung aufnehmen, davon 3 unbegleitete Minderjährige.
2. Der Rat bekräftigt, dass er jede Anstrengung unternommen wird, damit eine gleichberechtigte Teilhabe und eine Integration in die Stadtgesellschaft gelingt. Dies gilt insbesondere für die Versorgung mit Wohnraum und die Sprachförderung, aber auch für die Integration in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt.
3. Der Rat der Stadt Lüdinghausen fordert den Bund auf, ein Verfahren zur Übernahme dieser Geflüchteten nach Deutschland zu schaffen und die geordnete Zuweisung nach Lüdinghausen ohne Anrechnung auf eine gesetzliche Aufnahmequote sicherzustellen. Des Weiteren fordert der Rat der Stadt Lüdinghausen das Land Nordrhein- Westfalen auf, die Aufnahme auch in seiner Funktion als Kostenträger zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

01.11. 2020
Lüdinghausen- Seppenrade

3. Nov. 2020 11:00

- 59348 LÜDINGHAUSEN

LIFBA S.P.



- 59348 LÜDINGHAUSEN

Dienstag, 3. November 2020

An den
Bürgermeister der Stadt Lüdinghausen
Borg 2
59348 Lüdinghausen

Anregung „Sicherer Hafen Lüdinghausen“ gemäß § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt,

hiermit rege ich an, dass Lüdinghausen sich im Rahmen der Seebrücke-Initiative zum "Sicheren Hafen" erklärt.

Ich bitte jede einzelne Ratsfraktion um Unterstützung meiner Anregung.

Begründung:

Das Flüchtlingslager Moria auf der Insel Lesbos ist abgebrannt. Das neue Lager ist teilweise vom Regen überflutet und bietet noch schlechtere hygienische Verhältnisse. Der Zugang zu Wasser, Lebensmitteln und medizinischer Versorgung war sehr schlecht und ist seit dem Erbeben in der Ägäis noch schlechter geworden.

Viele Geflüchtete geraten beim Versuch, über das Mittelmeer die Küsten der EU zu erreichen, in Seenot. Die griechische Küstenwache verhindert zudem ein Anlegen der Boote wo es nur geht und schleibt diese zurück auf das offene Meer. Dies und die humanitäre Situation in den Camps auf dem Gebiet der Europäischen Union – z. B. auf den griechischen Inseln – ist prekär und als unvereinbar mit der Charta der Grundrechte der EU anzusehen. Die untellbare, universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit und der Gleichheit erfordern eine Solidarität mit den Menschen, die in diesen Einrichtungen untergebracht sind.

Ich folge dem Motto der Initiative Seebrücke und meine: **#WIR HABEN PLATZ!**

Niemand flieht freiwillig: Kriege, Verfolgung, Gewalt, Armut und die Klimakrise führen dazu, dass Menschen ihr Zuhause verlassen müssen. Auf der Suche nach einem **Sicheren Hafen** begeben sie sich auf lebensgefährliche Fluchtrouten – denn in die EU gibt es kaum sichere Wege. Doch anstatt die Menschen auf der Flucht zu schützen, schottet die EU sich noch stärker ab. Sie investiert immer mehr in den sogenannten "Grenzschutz" und sieht dem Sterben der Flüchtenden weiter tatenlos zu – nicht nur auf dem Mittelmeer. Derzeit wird diskutiert, ob Frontex dabei hilft, Flüchtlinge zurück auf das Mittelmeer zu schleben.

Die Seebrücke-Bewegung entgegnet dieser unmenschlichen Politik mit einem klaren Plan:

Wir Bürger vor Ort schaffen selbst sichere Häfen für Menschen auf der Flucht!

Während Nationalstaaten in ganz Europa weiter auf Abschottung setzen, wollen unzählige Städte und Kommunen mehr geflüchtete Menschen aufnehmen, als ihnen zugewiesen werden. Sie zeigen: Bei uns ist noch Platz! Doch bis heute dürfen Sie das nicht selbstbestimmt in die Tat umsetzen. Denn über die Aufnahme geflüchteter Menschen entscheiden letztlich immer die Nationalstaaten. Deshalb sind die sicheren Häfen blockiert und können geflüchteten Menschen kaum helfen.

Die Seebrücke will deshalb die Selbstbestimmung der Kommunen bei der Aufnahme zusätzlicher geflüchteter Menschen.

Eine solidarische Migrationspolitik muss von den Kommunen ausgehen: Erst die enge Abstimmung mit der Zivilgesellschaft vor Ort sorgt für die demokratische Legitimation einer solidarischen und offenen Politik. So können wir erreichen, dass die Aufnahme von Menschen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und angenommen wird.

Der Rat der Stadt Lüdinghausen möge daher wie folgt beschließen:

1. Der Rat beschließt, dass die Stadt Lüdinghausen als Mitglied des Städtebündnisses „Sichere Häfen“ bereit ist, 10 geflüchtete Menschen aus humanitären Gründen zusätzlich – ohne Anrechnung auf die Aufnahmequote – aufzunehmen.
2. Der Rat bekräftigt, dass die Stadt Lüdinghausen für diesen Personenkreis alle Anstrengungen unternehmen wird, damit eine gleichberechtigte Teilhabe und eine Integration in die Stadtgesellschaft gelingt. Dies gilt insbesondere für die Versorgung mit Wohnraum und die Sprachförderung, aber auch für die Integration in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt.
3. Der Rat der Stadt Lüdinghausen fordert den Bund auf, ein Verfahren zur Übernahme dieser Geflüchteten nach Deutschland zu schaffen und die geordnete Zuweisung nach Lüdinghausen ohne Anrechnung auf eine gesetzliche Aufnahmequote sicherzustellen. Des Weiteren fordert der Rat der Stadt Lüdinghausen das Land Nordrhein-Westfalen auf, die Aufnahme auch in seiner Funktion als Kostenträger zu unterstützen.

3. Nov. 2020 11:00

Mit den besten Grüßen